



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
**Innen- und Rechtsausschuss**  
- L 21 -

Kiel, 3. März 2016  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1141  
(0431) 988 1143  
(0431) 988 1152  
Fax (0431) 988 610 1180  
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

## ***Kurzb e r i c h t***

*über die*

*124. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 2. März 2016,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss nahm auf Antrag des Abg. Ekkehard Klug (FDP), [Umdruck 18/5718](#), einen **Bericht der Landesregierung zu den Vorkommnissen am 25. Februar 2016 im Sophienhof, Kiel**, entgegen. An den Bericht schloss sich eine Aussprache an.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktion der FDP **Asylverfahren entlasten und vorübergehenden Schutz durch spezifischen Flüchtlingsstatus gewähren - Gesetzentwurf zur Gewährung vorübergehenden nationalen humanitären Schutzes beim Bundesrat einbringen**, [Drucksache 18/3654](#), anzunehmen.

Zum Antrag der Fraktion der FDP **Akzeptanz der Energiewende erhalten: Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung sowie größere Abstände zur Wohnbebauung bei der Windenergie**, [Drucksache 18/3641](#), lehnte der Ausschuss mit den Stimmen der Regierungskoalition gegen die Stimmen von FDP und PIRATEN bei Enthaltung der CDU Punkt 1 des Antrages ab. Mit den Stimmen der Regierungskoalition und der PIRATEN gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung der CDU lehnte der Ausschuss Punkt 2 des Antrags ab. Weiter lehnte der Ausschuss mit den Stimmen der Regierungskoalition gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung von CDU und PIRATEN die Punkte 3 und 4 des Antrags ab. Somit empfahl der Ausschuss dem Landtag im Ergebnis in Übereinstimmung mit dem mitberatenden Wirtschaftsausschuss und dem mitberatenden Umweltausschuss den Antrag der Fraktion der FDP, [Drucksache 18/3641](#), zur Ablehnung.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Stimmen von FDP und PIRATEN empfahl der Ausschuss dem Landtag den Antrag der Fraktion der CDU **Justiz im Land stärken - Effektive Strafverfolgung sichern**, [Drucksache 18/3730](#) (neu), zur Ablehnung.

Zum **Entwurf eines IT-Gesetzes für die Justiz des Landes Schleswig-Holstein** lehnte der Ausschuss gegen die Stimme der PIRATEN einen Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, [Umdruck 18/5724](#), ab. Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der PIRATEN empfahl er sodann dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 18/3224](#), unverändert anzunehmen.

Schluss: 16:10 Uhr

gez. Dörte Schönfelder